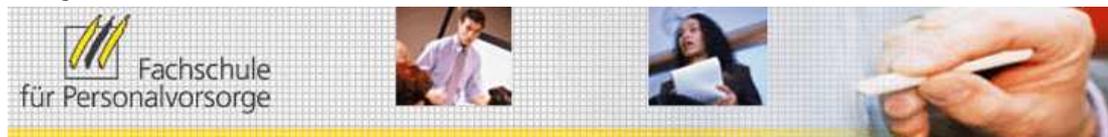


Anzeige



NZZ Online

Donnerstag, 17. Dezember 2009, 09:58:17 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > International

16. Dezember 2009, 17:20, NZZ Online

Neue Strategie für alte Stärken des Finanzplatzes

Bundesrat stellt Weichen für Finanzmarktpolitik



Nach der Finanzkrise: Ein neuer Tag soll über dem Schweizer Finanzplatz anbrechen. (Bild: Karin Hofer)

Der Finanzplatz Schweiz soll seine traditionelle Stärke im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft behaupten können. Der Bundesrat will mit neuen Strategien den nötigen Rahmen schaffen. Die Einführung einer Abgeltungssteuer, Selbstdeklarationen von Kunden und ein Dienstleistungsabkommen mit der EU sind mögliche Massnahmen.

(ap) Es sei dringend nötig, dem Finanzplatz nach all den Schwierigkeiten im Zuge der Finanzkrise neue und gute Perspektiven zu geben, sagte Bundespräsident Hans-Rudolf Merz am Mittwoch vor den Medien in Bern. Er wünschte sich wieder eine Aufbruchstimmung in der Finanzindustrie und erinnerte dabei die Branche an ihre traditionellen Stärken wie etwa «das gute alte Vermögensverwaltungsgeschäft», das international einen guten Ruf genieisse.

Die Stärken des Finanzplatz sollten gestärkt und allfällige Schwächen bekämpft werden, sagte der Finanzminister. Ziel der bundesrätlichen Strategie sei es, dass der Finanzplatz die internationale Spitzenposition beibehalte und das System stabil, funktionsfähig und integer bleibe. Der Bundesrat wolle keine Industriepolitik machen, aber gute Rahmenbedingungen für eine volkswirtschaftlich relevante Branche schaffen, sagte Merz.

Abgeltungssteuer als Möglichkeit

Um diese Ziele umzusetzen, will der Bundesrat in mehreren Bereichen Massnahmen treffen. Dazu gehören Massnahmen für die Integrität des Finanzplatzes. Die Zeiten, in denen systematisch mit hinterzogenen Geldern habe gearbeitet werden können, seien vorbei, sagte Merz. Das Bankgeheimnis soll im Sinne des Schutzes der Privatsphäre des Bankkunden zwar auch in Zukunft Bestand haben. Der Bundesrat erklärt sich aber bereit, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach dem Zugeständnis bei der Amtshilfe in Steuerdelikten unter gewissen Bedingungen weiter auszubauen, wobei er den automatischen Informationsaustausch weiterhin ablehnt. Voraussetzung für den weiteren Ausbau der internationalen Zusammenarbeit ist für den Bundesrat die Verbesserung des Marktzutritts für Schweizer Finanzinstitute im Ausland sowie die Regularisierung von unversicherten Altlasten auf Schweizer Konten.

Der Bundesrat nennt dabei auch die von der Bankiervereinigung vorgeschlagene Einführung einer Abgeltungssteuer in bilateralen Abkommen als Möglichkeit. Die Einforderung einer Selbstdeklaration des Bankkunden, dass er seinen Steuerpflichten im Ausland nachkommt, könnte ergänzend oder alternativ zur Abgeltungssteuer als Mittel zur Förderung der Steuerehrlichkeit in Betracht gezogen werden.

Ein neues Staatssekretariat

Weitere Massnahmen betreffen den Bereich der Wettbewerbsfähigkeit, wobei hier unter anderem der Abbau von Transaktionssteuern angestrebt wird. Merz nannte etwa die Abschaffung der Verrechnungssteuer oder der Stempelsteuer, wobei solche Massnahmen nicht ohne Kompensationen gemacht werden sollten. Bei der Verbesserung des Marktzutritts – einem weiteren Schwerpunkt – spricht sich der Bundesrat dafür aus, die Frage eines Dienstleistungsabkommens mit der EU erneut zu prüfen. Die Schweiz und die EU hatten die Verhandlungen für ein solches Abkommen im März 2003 suspendiert.

Weitere Handlungsfelder sind die Aufsicht, die vermehrt risikobasiert arbeiten soll, und die Krisenresistenz des Finanzplatzes, zu der beispielsweise die höheren Eigenmittelanforderungen für Grossbanken oder der verbesserte Einlegerschutz gehören. Seit Mittwoch arbeitet laut Merz nun auch die Expertenkommission, die sich dem Problem des «too big to fail» widmet, also dem Umstand, dass der Staat gewisse Institute wegen ihrer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft gar nicht bankrott gehen lassen kann.

Die Umsetzung der Finanzplatzstrategie soll nun durch eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter Leitung des Finanzdepartements an die Hand genommen werden. Zugleich will der Bundesrat den Dialog mit der Branche weiterführen. Sie war bei der Ausarbeitung des Berichts bereits eng einbezogen worden. Und schliesslich soll auch zügig ein neues Staatssekretariat für internationale Finanzfragen geschaffen werden, dem laut Merz rund 40 Mitarbeiter angehören sollen. Dieses Staatssekretariat soll unter anderem international Verhandlungen führen.

Ziele und Strategie-Stossrichtungen

(ap) Der Bundesrat versteht seinen Finanzmarktbericht nicht als Industriepolitik. Ausgehend von seiner Aufgabe, die Interessen der gesamten Wirtschaft zu wahren, leitet er die vier Ziele für die Finanzmarktpolitik ab:

1. Erbringung hochwertiger Dienstleistungen für die Volkswirtschaft
2. Sicherstellung guter Rahmenbedingungen für eine wertschöpfungsstarke Finanzbranche
3. Sicherstellung einer hohen Systemstabilität und Funktionsfähigkeit
4. Erhaltung der Integrität und Reputation des Finanzplatzes

Diese Ziele sollen mit vier strategischen Stossrichtungen erreicht werden:

1. Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors
2. Sicherung und Verbesserung des Marktzutritts
3. Verbesserung der Krisenresistenz des Finanzsektors und des Umgangs mit systemrelevanten Finanzunternehmen
4. Sicherstellung der Integrität des Finanzplatzes

► **Finanzmarktstrategie:** Reaktionen [http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/widersprechende_reaktionen_auf_finanzmarktpolitik_1.4222355.html]

Link: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/widersprechende_reaktionen_auf_finanzmarktpolitik_1.4222355.html

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/international/bundesrat_will_grundlagen_fuer_erfolgreichen_finanzplatz_schaffen_1.4218920.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
